

Freiberufliche Lehrtätigkeit an Volkshochschulen vor dem Aus?

Die Volkshochschulen und ihre Verbände fordern sichere rechtliche Rahmenbedingungen

Mit großer Sorge sehen die Volkshochschulen (vhs) und ihre Verbände die Arbeit der rund 850 vhs und mehr als 2.700 Außenstellen als existenziell gefährdet an. Freiberufliche Lehrkräfte, die für die Themenvielfalt und -aktualität der vhs von zentraler Bedeutung sind, können gegenwärtig nicht mehr rechtssicher eine Lehrtätigkeit auf Honorarbasis ausüben, denn:

- Zwei höchstrichterliche Urteile des Bundessozialgerichts (aus den Jahren 2018 und 2022), die sich in Teilen widersprechen, bilden derzeit die Richtschnur für aktuelle Statusfeststellungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV).
- Die DRV stellt bei Lehrkräften im Gesamtprogramm Sprache, in Erstorientierungskursen, bei Auftragsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit sowie in der Ganztagsbetreuung immer öfter eine abhängige Beschäftigung fest.
- In zunehmendem Maße wird diese Bewertung nun auch auf Lehrkräfte des gesamten, allgemeinbildenden vhs-Kursprogramms ausgedehnt, selbst wenn der jeweils geleistete Stundenumfang einer Lehrkraft gering ist und keine Bindung an ein vorgegebenes Rahmencurriculum vorliegt.

Dieses Vorgehen entbehrt nach Ansicht der vhs und ihrer Verbände jeder Grundlage und führt zur Erosion eines über Jahrzehnte im Vertrauen auf Rechtssicherheit etablierten Funktionssystems der Erwachsenen- und Weiterbildung in Deutschland. Wird die derzeitige Praxis der Statusfeststellungen fortgesetzt, kommen auf die vhs und ihre kommunalen Träger zusätzliche finanzielle Belastungen sowie Nachforderungen in erheblichem Umfang zu, die in ihrer Höhe existenzbedrohend sind und zu einer Welle von Insolvenzen und Schließungen von Einrichtungen führen können. Kurz: Es drohen der Wegfall des gesamten Angebots sowie der vhs selbst und somit eines wesentlichen Partners nicht nur bei der Umsetzung der Integrationsarbeit in Deutschland, sondern auch in der Gestaltung zentraler gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Damit können die vhs ihrem Auftrag als kommunale Bildungs- und Integrationseinrichtungen nicht mehr nachkommen.

Die vhs und ihre Verbände fordern daher:

- Die freiberufliche Lehrtätigkeit an vhs muss dem öffentlichen Auftrag der Erwachsenenbildung entsprechend auch künftig gesetzeskonform und praxistauglich umsetzbar sein.
- Zum Erhalt der öffentlich verantworteten Weiterbildung fordern die vhs und ihre Verbände die Schaffung sicherer rechtlicher Rahmenbedingungen für freiberufliche Lehrtätigkeit als Grundprinzip der institutionellen erwachsenenpädagogischen Arbeit.
- Prinzipien und Praxis der Statusfeststellungsverfahren der DRV bedürfen einer unmittelbaren Überprüfung. Dass eine solche notwendig ist, zeigt sich daran, dass die DRV aufgrund der ungeklärten Rechtslage vereinzelt Statusfeststellungsverfahren aussetzt.